

jung denken • nrw bewegen



***Beschluss zum aktuellen Thema des
37. NRW-Tages der Jungen Union,
6./7. November 2004
in Hagen***

ju
junge union
NRW

Solidarische Leistungsgesellschaft als Leitbild einer erneuerten sozialen Marktwirtschaft

Die Unionsparteien müssen noch in diesem Jahr zu einem Konsens in der strittigen Frage der Gesundheitspolitik kommen. Ein Ergebnis kann nur auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft beruhen. Es muss sich einfügen in unser Leitbild einer neuen solidarischen Leistungsgesellschaft.

Die großen Herausforderungen unserer Generation, die Bevölkerungsentwicklung, die Globalisierung und der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, sind große Herausforderungen für die Menschen aber auch große Herausforderungen der sozialen Sicherungssysteme. Vier Jahrzehnte haben diese Systeme den Menschen verlässliche Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit, Krankheit und im Alter gegeben. Heute sind sie kollabiert.

Wir wollen auch in Zukunft soziale Sicherheit für alle. Damit sich auch unsere Generation bei den großen Lebensrisiken und im Alter auf Sicherheit und Solidarität verlassen kann, muss statt kleiner Reparaturen am bestehenden System eine grundlegende Erneuerung eingeleitet werden. Ziel dieser Erneuerung ist Verlässlichkeit. Nur so kann zerstörtes Vertrauen zurückgewonnen werden.

Wir wollen den Sozialstaat aus unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie aus unserem Menschenbild und aus der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer solidarischen Leistungsgesellschaft neu begründen. Handlungsleitend dabei sind diese Grundwerte sowie das Prinzip der Subsidiarität. Einzelne und kleinere Gemeinschaften sollen das leisten, was sie leisten können. Die größeren Systeme sollen dabei unterstützen und das leisten, was einzelne und kleinere Gemeinschaften nicht leisten können.

Wir wollen eine Sozialpolitik, die vor allem soziale Ordnungspolitik ist. Durch soziale Ordnungspolitik wollen wir die dauerhafte Absicherung großer Lebensrisiken gewährleisten, wollen Eigenverantwortung und Eigenvorsorge stärken, wollen die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch stetig aufwachsende Kapitaldeckung ergänzen, wollen dem Wettbewerb wo immer möglich Geltung verschaffen.

Weil sozial ist, was Arbeit schafft, wollen wir schrittweise Arbeitseinkommen und die Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung entkoppeln. Bevölkerungsentwicklung, Globalisierung und Wissensgesellschaft fordern neue Antworten. Der Produktionsfaktor Arbeit muss entlastet werden, damit Arbeitsplätze gesichert werden und dauerhaft neue Arbeitsplätze entstehen. Denn verteilt werden kann nur, was zuvor in einem internationalen Wettbewerb erarbeitet wurde.

Durch den Aufbau eines Kapitalstocks in den jeweiligen Sicherungssystemen wollen wir die Möglichkeit schaffen, die Prämien für die älteren Versicherten auf dem Höhepunkt der demographischen Disparität so zu verstetigen, dass sie keine wesentlich höheren Prämien zahlen als die jungen Versicherten.

Wir wollen, dass auch in Zukunft ein Solidarausgleich stattfindet. Die steuerlichen Hilfen für Bezieher niedriger Einkommen werden innerhalb des Solidarsystems durch direkte Zuführungen an die Sozialkassen geleistet. So wird verhindert, dass der einzelne Empfänger sich immer neuer Bedürftigkeitsprüfungen unterziehen muss.

Verlässliche soziale Sicherheit ist unter den Bedingungen der Bevölkerungsentwicklung mit unvermeidbaren Belastungen für die Bürger verbunden. Durch die ebenfalls beabsichtigte grundlegende Reform des Steuersystems soll für die Bezieher von kleineren und mittleren Einkommen eine Entlastung erreicht werden, die diese Belastungen sozial flankiert.

Dies sind die grundlegenden Prinzipien, auf deren Basis die Union die letzten offenen Fragen in der Gesundheitspolitik klären muss. Eine Bürgerversicherung wird diesen Kriterien ebenso wenig gerecht, wie minimale Erneuerungen des bestehenden Systems. Die CDU hat sich dazu entschlossen, vor der Bundestagswahl 2006 mit einem detaillierten, ehrlichen Programm um Zustimmung zu werben. Dieser Kurs ist richtig und alternativlos. Nur wer vorher die Legitimation für seine Politik einfordert, kann nach einem Wahlsieg die Unterstützung der Menschen erhalten. Deshalb ist ein Minimalkurs bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme aus wahltaktischen Gründen abzulehnen. Eine Einigung in den nächsten Wochen ist möglich und mit Blick auf die Landtagswahlen in NRW auch notwendig. Der hierzu notwendige gute Wille spricht nicht aus jeder Äußerung aller Beteiligten. Ihn fordern wir ein, für eine verantwortliche Lösung, die die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert und Leistungsbereitschaft und Solidarität aufs Neue versöhnt.